

„Die Notbremse war überfällig“

Interview Stephan Stracke (CSU) ist als Fraktionsvize im Bundestag für die Corona-Politik mitverantwortlich. Den Impfstart stuft er als verpatzt, die Akteure in der Maskenaffäre als unanständig ein. Wie er Söder sieht und warum „Laschet Kanzler kann“

Als Allgäuer Abgeordneter ist die Antwort vorprogrammiert. Aber was sagen Sie als stellvertretender Vorsitzender der Union/Fraktion im Bundestag zur Frage, ob Söder nicht der bessere Kanzlerkandidat gewesen wäre?

Stracke: Ich habe mich auch in der ausgeübten Diskussion in der Fraktion ganz klar für Markus Söder ausgesprochen. Jeder weiß, was ihn ausmacht, was seine Stärken sind, das muss man gar nicht weiter vertiefen. Auf der anderen Seite traue ich Armin Laschet zu, Kanzler zu können. Er hat mit Nordrhein-Westfalen immerhin die Stammburg der SPD geschlossen.

Die Grünen haben ihre Kandidatin Annalena Baerbock schnell und ohne erkennbaren Streit gewählt. Warum ist der Union das nicht gelungen?

Stracke: Das sehe ich anders. Kontrahent Robert Habeck hadert im Nachhinein erkennbar mit dieser Entscheidung und trägt das auch in die Öffentlichkeit. Von Harmonie ist an der Spitze der Grünen also keine Spur. Ich finde auch nicht, dass es an der Kandidatenkur der Union groß etwas auszusetzen gibt. Wir hatten zwei hochkarätige Bewerber. Und bei so einer grundlegenden Entscheidung muss es möglich sein, sich auf verschiedenen Ebenen eine Woche lang zu beraten.

Naja, für den Wähler wirkte das aber wie ein erbitterter Machtkampf/...

Stracke: Es ging hier weniger um Macht als um die entscheidende Frage: Wer ist der bessere Kandidat? Das ist nun durch die CDU geklärt. Und Markus Söder hat Wert gehalten und das klare Vorstandsamt der CDU akzeptiert. Jetzt geht es um eine geschlossene Mannschaftsleistung, nur dann können wir erfolgreich sein. Denn im Wahlkampf heißt es am Ende immer: Alle gegen die Union.

Sie haben als Vize der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein schwermütiges Erbe angetreten. Ihr Vorgänger Georg Nöldeke hat als einer der Schlüsselfiguren in der Affäre um Provisionen für Marketinggeschäfte sein Amt eingeholt. Wie groß ist der Schaden, den dieses Thema beim Wähler angereichert hat?

Stracke: Der entstandene Vertrauensverlust ist immens. Die Maskenaffäre hat sich im Stimmungsbild



Der CSU-Bundestagsabgeordnete Stephan Stracke beobachtet die Radikalisierten rund um die Corona-Proteste mit großer Sorge. Foto: Christoph Seedor, dpa

eingebannt, das zeigen mir die vielen Mail und Anrufe, die ich erhalten habe. Die Menschen kritisieren zurecht, dass so ein Verhalten unanständig ist. Umso wichtiger ist es jetzt, dass wir im Bundestag konsequent handeln und ein entschlossenes Signal setzen. Das hat die große Koalition gemeinsam mit Grünen und Linken auch gemacht. Schon in Bildé wird ein umfangreiches Maßnahmenpaket getroffen. Dazu gehört das Verbot von Lobbyarbeit für Abgeordnete und ein neuer Strafrahmen für Bestechlichkeit. Außerdem müssen Abgeordnete Nebenämter

heiten auf Euro und Cent genau veröffentlichen. Wir zeigen da also klare Kante. Nur so ist das verloren Vertrauen zurückzugewinnen.

Hat diese Vorgehensweise Einfluss auf Ihr Amt in der Fraktion?

Stracke: Nein, da geht es ausschließlich um die Funktion. Ich bin mit den Themen Gesundheit und Umwelt für wichtige Zukunftsbereiche zuständig. Diese versuche ich nach Kräften auszufüllen.

Als Gesundheitsexperte und Fraktionsvize der Union sitzen Sie an den

Schaltbühnen der Corona-Politik. Können Sie verstehen, dass viele Bürger mit dem Kurs der Regierung höchst unzufrieden sind, gerade was die Impfstufen angeht?

Stracke: Die Startphase der Impfungen war nicht gut, da gibt es nichts schönzureden. Und die Beschaffungspolitik der EU war unterirdisch. Jetzt aber machen wir deutliche Fortschritte. In Bayern hat bereits jeder Fünfte seine Erstimpfung erhalten. Da gibt es eine klare Perspektive, dass wir im Sommer deutlich weiter sind, auch wenn es bis zur Normalität noch ein weiter Weg ist.

Was sagen Sie Bürgern, die sich über das Fehlen einer verbindlichen und einheitlichen Linie bei der Pandemie-Bekämpfung ärgern? Der „Runden-Tisch“ gegen ja Monate ohne Leitplanken vorant.

Stracke: Die „Notbremse“ war überfällig aufgrund der unheimlichen Leitplanken in den Ländern. Deshalb kommt jetzt über einem Infidenzwert von 100 eine bundesweite Lösung. Die Infektionstendenzen finden hauptsächlich im Privatbereich, in der Arbeitswelt und in den Schulen statt. Da greifen wir überall an, reduzieren Kontakte und verhindern die weitere Ausbreitung. Wer sieht, wie voll auch im Allgäu die Intensivstationen sind, der weiß, wie wichtig jetzt das Beuchen der dritten Covid-Welle ist.

Auch im Allgäu fürchten viele Betriebe, dass sie die Pandemie nicht überleben werden. Ist die Politik genug für die Wirtschaft?

Stracke: Ich weiß, dass diese Situationen existenzgefährdet. Aber was wir mithilfe von Krediten, Überbrückungshilfen und Kurzarbeit tun, ist sehr beeindruckend. Allein in Bayern haben Betriebe bislang 3,6

Milliarden Euro an Hilfszahlungen erhalten, in Deutschland waren es über 31 Milliarden. Ich selbst habe lange für einen Härtefallfonds gekämpft, der in Bayern wohl ab Mai greifen wird. Auch für die Sonderregeln des Terminshoppings bei einem Infidenzwert von unter 150 habe ich mich eingesetzt. Das stützt speziell den Handel vor Ort.

Der Tourismus spielt im Allgäu eine herausragende Rolle. Viele Betriebe haben wirksame Hygiene-Konzepte entwickelt, Gastgeber gelten nicht als Infektions-Hotspots, ebenso wenig der Handel. Sollte die Politik dies nicht stärker berücksichtigen?

Stracke: Für diese Branchen ist die Lage in der Tat bitter. Die Nordische Ski-WM in Oberstdorf hat gezeigt, dass man mit guten Konzepten und intensiven Tests vieles lösen kann. Aber wenn der Infidenzwert so wie jetzt zu hoch ist, stößt man sich mit Tests an Grenzen. Erst wenn die Werte deutlich runter gehen, können wir es versuchen, testbasiert besser zu öffnen als bisher: Ziel ist ein Wert von um die 50.

Der lautiare Protest gegen die Corona-Maßnahmen und den Staat an sich wächst stetig. In Kempten demonstrierten jüngst 1000 Menschen, obwohl ein Gerücht das verboten hatte. Wie ordnen Sie diese Entwicklungen ein?

Stracke: Ich sehe diese Radikalisierungstendenzen mit großer Sorge. Versammlungs- und Meinungsfreiheit sind ein hohes Gut. Demokratie bedeutet, auch öffentlich die Fiké und Wider von staatlichen Maßnahmen anzutauschen. Wenn jedoch Gerichte eine Versammlung aus besonderen Gründen verbieten, dann ist das auch zu akzeptieren. Wird dies missachtet, muss der Rechtsstaat durchgreifen. Dies ist nach meinem Wissen in Kempten geschehen – konsequent und mit dem nötigen Augenmaß.

Interview: Markus Raffler

Stephan Stracke (CSU) gehört dem Bundestag seit 2009 für den Wahlkreis Ostallgäu an. Seit Kurzem ist der 47-Jährige lafist aus Kaufbeuren stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion. Stracke ist verheiratet und hat drei Kinder.